



Priorität im feministischen Kampf: Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn!

Da die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern weiterhin bestehen, die Verteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit immer noch nicht gerecht ist, sich immer noch Lohnunterschiede in den Unternehmen auftun und eine nicht nachhaltige Entwicklung die Ärmsten in unserer Gesellschaft und unsere Zukunft bedroht, ist es an der Zeit, die Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn zu einer prioritären Massnahme zu erklären – dies im Hinblick auf den feministischen Streiktag am 14. Juni 2023, die Parlamentswahlen 2023 und künftige Mobilisierungsaktionen in Verbindung mit der Umwelt- und Gesellschaftskrise, in der wir uns befinden.

Diese Resolution ist eine Bekräftigung des Engagements der SP Schweiz für die Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn, wie sie im Manifest für eine konsequent feministische Sozialdemokratie ausgeführt ist, sowie eine Verpflichtung, diese Forderung künftig zu priorisieren.

Für die gerechte Verteilung der Care-Arbeit

Kochen, Einkäufe erledigen, Putzen, sich um die Kinder oder seine Eltern kümmern: in der Schweiz belaufen sich die Arbeitsaufgaben der unentgeltlichen *Care*-Arbeit auf jährlich 9,2 Milliarden Stunden¹, d.h. mehr als die Gesamtheit der hierzulande geleisteten Stunden an Lohnarbeit. Diese Last liegt aktuell hauptsächlich auf den Schultern der Frauen²: sie leisten immer noch 60 % dieser unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit. Meist gehen sie jedoch zudem auch noch einer Erwerbstätigkeit nach, da es die Reallöhne den Haushalten nicht mehr gestatten, mit einem Einkommen zu leben, wie dies früher der Fall war. Ergebnis: die Mehrheit der Frauen dieses Landes arbeitet sogenannte «Doppelschicht», da sie die doppelte Last von bezahlter und unbezahlter Arbeit tragen. Die aktuellen Strukturen der Lohnarbeit, insbesondere auch die 42-Stunden-Woche, sind ganz und gar nicht an diese harte Wirklichkeit angepasst und belasten die psychische und körperlichen Gesundheit der Frauen, denen es nicht möglich ist, einen Teil der Aufgaben im Haushalt und der Pflegeaufgaben anderen, häufig weniger privilegierten Frauen zu übertragen.

¹ Bundesamt für Statistik, Satellitenkonto Haushaltsproduktion 2020.

² Die Statistiken des Bundesamts für Statistik berücksichtigen gegenwärtig nur die binären Geschlechterkategorien „Frau“ und „Mann“.

Wir müssen die Arbeitsbedingungen unbedingt an die Bedürfnisse der Menschen anpassen und so die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn verkürzen! Das soll eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit in den Haushalten ermöglichen, sodass Berufs- und Privatleben besser miteinander vereinbart werden können.

Für die Neuverteilung des durch unsere Arbeit geschaffenen Wertes

Eine Verkürzung der Lohnarbeitszeit ist ebenfalls ein Mittel zur gerechteren Verteilung des von den Arbeitnehmer:innen geschaffenen Mehrwerts. In den letzten Jahren ist die Arbeitsproduktivität drastisch gestiegen: Durch die Mechanisierung produzieren wir mit derselben Arbeitskraft mehr und dies erhöht wiederum den Mehrwert der produzierten Güter. Diese Produktivitätssteigerungen wirken sich jedoch nicht in einer proportionalen Anhebung der Löhne aus, sondern in einem Anstieg der Kapitalgewinne³. Kurz gesagt: die Lohnabhängigen stehen unter grösserem Druck und Stress, aber der grösste Teil des Mehrwerts ihrer Arbeit fliesst in die Taschen der Arbeitgeber und Aktionäre.

Um etwas dagegen zu tun, wollen wir die Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn verkürzen. Dies bedeutet nicht nur eine Anerkennung der körperlichen Schwere der Arbeit, sondern auch der zentralen Rolle, die die Arbeit bei der Schaffung unseres Wohlstands spielt. Wir alle können Vorteile daraus ziehen: bessere geistige und körperliche Gesundheit der Arbeitenden und eine bessere finanzielle Bewertung ihrer Arbeit. Es sind in erster Linie die Frauen, die davon profitieren werden, da sie heute in den Niedriglohnbereichen wie Pflege und Detailhandel unverhältnismässig stark vertreten sind. Eine feministische Wirtschaft ist eine Wirtschaft, die die Bedürfnisse des Menschen in den Mittelpunkt stellt!

Für den Kampf gegen den Klimawandel

Die Verkürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung gleicher Löhne beinhaltet einen Rückgang der Kapitalgewinne bzw. der Produktion. Und der letzte IPCC-Bericht zeigt klar: Der Kampf gegen den Klimawandel ist nicht mit einer unendlichen Steigerung der Produktion vereinbar. Die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad und somit die Erhaltung des Lebens auf der Erde müssen über eine gewisse Form des wirtschaftlichen Rückgangs erfolgen. Die Reduktion der Arbeitszeit bei gleichem Lohn ermöglicht es also, durch die potenzielle Verringerung der Produktion, aber auch durch bessere Verteilung der Produktivitätsgewinne den Klimawandel zu bekämpfen, wobei festzuhalten ist, dass das reichste 1% der Weltbevölkerung 30-mal mehr Emissionen ausstösst als die ärmsten 50%⁴.

Vereinigen wir unsere Kräfte hinter einer starken Forderung!

Die Schweiz wäre nicht das erste Land, das eine solche Massnahme anwendet: In Spanien, Grossbritannien oder Island gibt es bereits Projekte für den Übergang zur Vier-Tage-Woche, und die Ergebnisse beweisen, dass damit das Wohlbefinden wächst. Daher fordern wir, die SP Frauen Schweiz, von der SP Schweiz, dass die Partei die Reduktion der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn als vorrangige Forderung unterstützt – dies mit Blick auf den feministischen Streiktag am 14. Juni 2023 und auf die Parlamentswahlen 2023. Die SP Schweiz soll sich damit den SP Frauen, den Gewerkschaften und den verschiedenen Kollektiven des

³ Unia, Lohnschere-Studie 2022

⁴ Extreme Ungleichheit und CO2-Emissionen: Warum das Klimaübereinkommen den ärmsten Ländern, die die geringsten Emissionen verursachen und am stärksten benachteiligt sind, vorrangig helfen muss (oxfam.org)

feministischen Streiktags sowie dem Klimastreik anschliessen. Diese politische, gewerkschaftliche, feministische und umweltpolitische Forderung steht im Einklang mit einer grundlegenden Gesellschaftsdebatte. Als eine Partei, die Garantin für soziale Gerechtigkeit sein muss, müssen wir sie heute als Priorität auf unsere politische Agenda setzen.